

Die neueste Gesetzgebungseskapade der schwarz-gelben Wirtschaftsnutten ist nicht nur eine erneute charakterliche Bankrotterklärung, sondern dementsprechend auch eine reine Verhöhnung der Bevölkerung. Nicht nur, weil die komplett regierungsunfähige Hurenveranstaltung reiner Wirtschaftsklientelparteien Union und FDP erneut wie reudige Hunde vor der Industrie den buckelnden Diener machen. Sondern gerade auch aufgrund der bizarren, geradzu obszönen Verscheißerung, die dieses schwarz-gelbe Regierungsgemülle mit ihrem neuen Vorhaben betreibt.

Bildhaft zusammen gefasst und ausgedrückt: Während qualmende Schlote in Zukunft noch weniger Steuern zahlen, dürfen Raucher die dadurch wegbrechenden Einnahmen des Bundes auffangen. Im asozialen Sparpaket dieser Verbrecherbande war zunächst noch geplant gewesen, Vergünstigungen für Betriebe mit hohem Energieverbrauch zu streichen.

Nach den neuen Planungen werden die Ökosteuerbelastungen für die Industrie aber wesentlich geringer ausfallen. Das Hauptargument, mit dem die Pseudo-Regierung kinderleicht in die Knie gezwungen werden konnte, war das abgestandenste Argument überhaupt: Der angebliche Verlust von Arbeitsplätzen. Das Argument zieht deswegen so gut und leicht, weil die machtpolitische Agenda der gesamten obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsordnung daran hängt.

Erwerbsarbeit um ihrer selbst willen, und mit ihr hirn- und sinnlose Produktivität, zunehmend für die Mülldeponie, bilden zentrale Herrschafts- bzw. Unterwerfungsgrundlage des bestehenden autoritären Gesellschaftsgefüges. Der arbeitende Mensch hinterfragt nicht, und leistet keinen Widerstand. Jedenfalls keinen nennenswerten, der das System als Ganzes ins Wanken bringen könnte. Zumeist funktioniert er lediglich, und ist verzahnter Teil der bestehenden Ordnung und ihr damit unterworfen.

An der Arbeitsapologetik und dem Frisieren der Arbeitsmarktzahlen hängt konkret natürlich auch der Machterhalt des korrupten schwarz-gelben Parteienbündnis. An dem Erhalt der innerhalb der Industrie (noch) aus sich selbst heraus bestehenden Arbeitsplätze ist diesem daher ebenso gelegen, wie an der Finanzierung neuer Niedriglohnjobs, die zwar keinem kapitalistischen Bedarf, aber eben der Beschäftigung der Menschen dienen.

Letzteres führt natürlich zu neuen Schulden- und/oder Steuerbelastungen, da der Bund das Geld für eine Vielzahl dieser Pseudo-Jobs in staatlich subventionierten Unternehmen erst aufbringen muss. Erhöhte Steuern führen wiederum dazu, dass die binnenwirtschaftliche Kaufkraft auch weiterhin absinkt. Damit wiederum entsteht Druck auf die noch bestehenden Erwerbsarbeitsplätze und deren Lohnniveau.

Eine Abwärtsspirale, die gänzlich im Sinne der bestehenden Herrschaftsordnung ist. Der schleichende Zusammenbruch der Ökonomie durch mangelnde Kaufkraft, durch direkt und indirekt fallende Löhne bei zugleich zunehmender Steuerlast, um marode Unternehmen direkt (durch Transferleistungen) oder indirekt (durch Steuererleichterungen) zu subventionieren,

begünstigt die Errichtung einer monopolistischen Wirtschaftsordnung, die mit einer totalitären politischen Ordnung korreliert, und diese ebenso schleichend ersetzt.

Das Festhalten und Beschwören eines grenzdebilen, calvinistischen Arbeitsfetisch dient somit zweierlei Zwecken zugleich: Zum Einen um Menschen als Nutz- und Leistungseinheiten in der Hamsterrolle der Ökonomie untertänig und gehorsam zu halten. Zum Anderen um einen wettbewerbs- und am realen Bedarf orientierten Kapitalismus zu zerstören und durch einen Monopolismus, also korporativen Sozialismus zu ersetzen.

Der hirntote Arbeitswahn spiegelt sich dementsprechend besonders auch in den manipulierten Arbeitslosenzahlen wieder. Die massenmediale Berichterstattung verbreitet weitestgehend unkritisch und unreflektiert die offizielle Propaganda des Arbeitsministeriums und der Bundesagentur für Arbeit. Daher kann es kaum schaden, sich die wahren Zahlen, soweit überhaupt veröffentlicht, anzuschauen, und damit auch der Tatsachenrealität, jenseits arbeitsfetischistischer Wahnvorstellungen, ins Auge zu schauen.

Nach aktuellsten Zahlen gibt es in Deutschland knapp 7,4 Mio. Leistungsempfänger. Ohne erwerbsunfähige Personen sind es immer noch fast 5,6 Mio Menschen, die faktisch ohne reguläre Erwerbsarbeit sind. Das Statistische Amt teilte im vergangenen Juni mit, dass 8,6 Millionen Menschen ohne reguläre Erwerbsarbeit sind. Darunter fallen insbesondere noch rund 1,2 Mio. Menschen der stillen Reserve, die also nirgendwo gemeldet, und dementsprechend auch nicht gelistet sind. Außerdem all diejenigen die in prekären Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen stecken, die zum Leben nicht reicht, und zusätzliche Leistungen erfordern.

Rechnet man zu dieser Zahl noch die restlichen Niedriglohn-, Zeit- und Leiharbeitsjobs, die gerade so eben noch zum Leben reichen bzw. zu abgelehnten Leistungsanträgen führen (also längst nicht notwendigerweise das Existenzminimum von knapp 1000 Euro pro Monat abdecken), sowie die Kurzarbeit, also Jobs die in einem echten kapitalistischen Wettbewerb gescheitert wären, schnellt die Zahl derjenigen, die faktisch, direkt oder indirekt erwerbsarbeitslos sind, dementsprechend in die Höhe.

Bereits im Jahre 2008, also weitestgehend noch vor der sogenannten Krise, hatten laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen, bereits mehr als sechseinhalb Millionen Erwerbstätige einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle der Industrienationen erhalten. Unterm Strich kann man davon ausgehen, dass mindestens an die zehn Millionen Menschen faktisch, direkt oder indirekt, keiner regulären Erwerbsarbeit nachgehen, und in diesem Sinne erwerbsarbeitslos sind.